

C001: Wirtschaft im Wandel und der handlungsfähige Staat

Laufende Nummer: 095

Antragsteller_in:	DGB-Bundesvorstand
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Wirtschaft im Wandel und der handlungsfähige Staat

Wirtschaft im Wandel und der handlungsfähige Staat

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

1 1. Den wirtschaftlichen Wandel gemeinsam gestalten

2 Deutschland steht in den nächsten Jahren vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen. Eine dieser
3 Herausforderungen ist die Digitalisierung, die alle Branchen der Volkswirtschaft erfasst. In den
4 Dienstleistungen breiten sich internetgestützte Geschäftsmodelle aus. Unter dem Schlagwort
5 „Industrie 4.0“ werden immer mehr industrielle Produktionsprozesse vernetzt und dezentral gesteuert.
6 Zusammen mit dem vermehrten Einsatz von 3D-Druckern und kollaborativen Robotern verändern sich
7 Produktivität und Arbeitsbedingungen in der Industrie. Auch im Handwerk wird die Leistungserstellung
8 zunehmend digitalisiert.

9 Die Herausforderung des Klimawandels erfordert es, unsere Wirtschaftsweise nach Kriterien der
10 Nachhaltigkeit umzubauen. Um die Klimaziele von Paris einzuhalten, müssen die CO₂-Emissionen in den
11 Bereichen Energiewirtschaft, Industrie, Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft weitgehend reduziert
12 werden.

13 Globalisierung, die Weiterentwicklung der Europäischen Union und der demografische Wandel stellen
14 neue Anforderungen an Gestaltung und Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft.

15 Es gilt, diese Megatrends gemeinsam so zu gestalten, dass ihre Vorteile allen zugutekommen und
16 negative Auswirkungen vermieden werden. Nur wenn alle gesellschaftlichen Akteure zusammenarbeiten,
17 wird eine „Just Transition“ – ein gerechter Übergang – in eine sozial-ökologisch ausgerichtete
18 Wirtschaft des 21. Jahrhunderts, die den Wohlstand der Menschen mehrt, gelingen.

19 Wir stehen für ein inklusives und qualitatives Wachstum, das die Grenzen der natürlichen
20 Lebensgrundlagen respektiert und mit den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen im
21 Einklang steht. Wir werden uns auseinandersetzen müssen mit nachhaltigen Formen des Konsums und des
22 Lebensstils und mit neuen Formen der Kombination von Arbeit und Wohnen. In den Diskussionen um
23 Nachhaltigkeit ist es dabei die Rolle des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften, insbesondere die
24 soziale Dimension der Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt der Debatte zu rücken.

25 Als Gewerkschaften gestalten wir den sozial-ökologischen Umbau entscheidend mit, indem wir über
26 Tarifpolitik und Mitbestimmung eine nachhaltige Entwicklung von Unternehmen und Dienststellen
27 einfordern und im Dialog der Sozialpartner durchsetzen. Aber auch andere sind gefragt. Denn die
28 Steuerung von Entwicklungen, die Jahrzehnte in die Zukunft reichen, ist eine Aufgabe, die alle
29 gesellschaftlichen Akteure fordert und neue Ansätze auf allen Ebenen nötig macht – von der Kommune
30 über den Nationalstaat bis hin zur europäischen und globalen Ebene.

31 Die Bewältigung der Transformation muss dabei einhergehen mit der Lösung bereits bestehender
32 Probleme. Denn noch ist Deutschland schlecht auf den Wandel vorbereitet. Die Triebkräfte des
33 Strukturwandels treffen auf eine Gesellschaft, die bereits heute von wirtschaftlicher und sozialer
34 Unsicherheit sowie Ungleichheit geprägt ist. Die Dominanz des Finanzmarktkapitalismus und die
35 Orientierung am „Shareholder Value“ haben in vielen Branchen zu gravierenden Änderungen in der
36 Unternehmenskultur geführt. Prozesse des Outsourcing und der zeitlichen und örtlichen Entgrenzung
37 betrieblicher Strukturen und Abläufe stellen die Tarifpolitik und die Mitbestimmung vor neue
38 Herausforderungen. Nach wie vor orientieren sich Unternehmensführungen oft an der kurzfristigen
39 Rendite und nicht an einem nachhaltigen Erhalt und Ausbau des jeweiligen Unternehmens.

40 Wir brauchen wieder eine stärkere Orientierung an langfristigen Zielen, die auch die möglichen
41 gesellschaftlichen Folgen wirtschaftlichen Handelns in den Blick nehmen – inklusive einer
42 vorausschauenden Ausweitung nachhaltiger Unternehmensinvestitionen. Viel zu lange haben die privaten
43 Investitionen in Deutschland stagniert – auch wegen unsicherer Rahmenbedingungen und unzureichender
44 gesamtwirtschaftlicher Nachfrage.

45 Hinzu kommt: Die öffentliche Infrastruktur ist aufgrund des jahrelangen Sparkurses in den
46 öffentlichen Haushalten in schlechtem Zustand. Die Europäische Union und der gemeinsame Währungsraum
47 sind nach Jahren einer verfehlten Krisen- und Wirtschaftspolitik und angesichts des Brexit-Votums
48 sowie nationalistischen Tendenzen alles andere als stabil. Die neoliberale Ausformung der
49 Globalisierung hat weltweit Ungleichheit und Unsicherheiten befördert. Auch hierauf müssen
50 Sozialpartner und Politik neue Antworten finden.

51 **2. Ungleichheit abbauen, Wohlstandsgewinne gerecht verteilen**

52 Deutschland ist wirtschaftlich vergleichsweise erfolgreich: Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise
53 wurde überwunden und selbst die tiefe Krise im Euroraum führte bislang nicht zu großen Problemen in
54 der Bundesrepublik. Die Arbeitslosigkeit ist gesunken und die Zahl der sozialversichert
55 Beschäftigten deutlich gestiegen. Doch von dieser Entwicklung profitieren längst nicht alle. Der
56 Arbeitsmarkt ist weiter gespalten. Jeder vierte Job ist heute atypisch. Als eine der reichsten
57 Volkswirtschaften der Welt hat Deutschland einen der größten Niedriglohnsektoren in Europa – mehr
58 als sieben Millionen Menschen sind von diesem untragbaren Zustand betroffen. Fast jede bzw. jeder
59 vierte Beschäftigte arbeitet für einen Niedriglohn. Die Unterbeschäftigung liegt weit über der
60 offiziellen Arbeitslosigkeit. Zudem sind vier von zehn Erwerbslosen langzeitarbeitslos.

61 Die Lohnquote – der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen – ist nach wie vor erheblich
62 niedriger als zur Jahrtausendwende. Die Ungleichheit steigt. Das einkommensstärkste Zehntel konnte
63 sein Einkommen von 1991 bis 2014 um preisbereinigt rund 27 Prozent steigern, das einkommensärmste
64 Zehntel musste im selben Zeitraum Verluste von acht Prozent hinnehmen. Gleichzeitig halten die
65 reichsten zehn Prozent rund 60 Prozent des gesamten Vermögens, während die ärmsten zehn Prozent mehr
66 Schulden als Vermögen haben. Mittlerweile lebt jede bzw. jeder Sechste in Deutschland an der
67 Armutsgrenze. Das sind 13 Millionen Menschen.

68 Die Gleichstellung von Frauen ist noch lange nicht verwirklicht. Weibliche Beschäftigte erhalten
69 mehr als ein Fünftel weniger Geld als Männer, obwohl Mädchen bessere Schulabschlüsse als Jungen
70 haben und die Mehrheit der Studierenden Frauen sind. Die geschlechtsspezifische Lohnlücke ist
71 hierzulande deutlich größer als in den meisten anderen Industriestaaten. Auch bei identischer
72 Qualifikation und Tätigkeit werden Frauen – insbesondere in nicht tarifgebundenen Unternehmen –

73 häufig schlechter entlohnt.

74 Besonders junge Beschäftigte sehen sich zum Teil mit erheblich schlechteren Bedingungen in ihrem
75 Arbeitsleben konfrontiert. Leiharbeit, Praktika, Minijobs oder Kettenverträge gehören für viele
76 Berufseinsteigerinnen und -einsteiger zum Alltag. Knapp die Hälfte der unter 25-jährigen arbeitet
77 befristet. In dieser für die Lebens- und Familienplanung entscheidenden Lebensphase ist für viele
78 die Unsicherheit also besonders groß – worin auch ein Grund für die demografische Entwicklung in
79 Deutschland liegt.

80 Ungleichheit ist nicht nur ungerecht, sondern auch wirtschaftlich schädlich. Denn während Niedrig-
81 und Normalverdienerinnen und -verdiener einen Großteil ihres Einkommens direkt wieder ausgeben,
82 Güter und Dienstleistungen nachfragen und damit die Wirtschaft ankurbeln, sparen Top-Verdienerinnen
83 und -verdiener einen großen Teil ihres Einkommens. Auch die deutschen Unternehmen sparen im
84 Durchschnitt ihre guten Gewinne anstatt sie zu investieren und häufen erhebliche
85 Finanzierungsüberschüsse an. Gleichzeitig schwächt die wachsende Ungleichheit die
86 Produktivitätsdynamik. Ein Grund dafür ist, dass sich die Ungleichheit und Benachteiligung auch in
87 geringeren Bildungschancen und geringeren gesellschaftlichen Aufstiegschancen niederschlägt. Das ist
88 schlecht für Wachstum und Beschäftigung.

89 Die langjährige Konsum- und Investitionsschwäche machte die deutsche Wirtschaft zudem immer
90 abhängiger von der Auslandsnachfrage: Jahr für Jahr blieben die Importe nach Deutschland hinter den
91 deutschen Exporten zurück und der Leistungsbilanzüberschuss erreicht bis heute enorme Ausmaße. In
92 jüngster Zeit haben die vergleichsweise gute Arbeitsmarktsituation und Reallohnsteigerungen dazu
93 beigetragen, dass die Konsumnachfrage wieder wächst und das Wirtschaftswachstum von der
94 Inlandsnachfrage getragen wird. Damit steigen auch die Importe (bei nach wie vor gutem
95 Exportwachstum) schneller als die Ausfuhren und der Leistungsbilanzüberschuss geht gemessen am
96 Bruttoinlandsprodukt (BIP) langsam zurück. Inländische Investitionen und ein wachsender inländischer
97 Konsum müssen die erfolgreiche Exportentwicklung dauerhaft ergänzen. Um die Ungleichheit in
98 Deutschland zu bekämpfen und die Binnennachfrage weiter zu stärken, muss dabei auf verschiedenen
99 Ebenen angesetzt werden:

100 • Die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften werden ihre Organisationsmacht stabilisieren
101 und ausbauen. Sie werden verstärkt diejenigen besser organisieren, die sich in kurzfristigen
102 und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen befinden. Sie werden gewerkschafts- und
103 betriebsratsfreie Zonen wieder erschließen.

104 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind entschlossen, die Tarifbindung zu erhöhen. Denn
105 mit Tarifverträgen sind die Kernbedingungen der Arbeit besser als ohne: Bessere Entgelte,
106 bessere Arbeitszeiten, sicherere Arbeitsplätze, bessere Entwicklungschancen für alle.
107 Tarifliche Arbeit ist wertgeschätzte Arbeit. Tarifverträge fördern Umverteilung und Teilhabe.
108 In Deutschland haben sich in den letzten Jahren die Einkommens- und Lebensbedingungen stark
109 auseinander entwickelt. Dass Deutschland einen der größten Niedriglohnsektoren hat, ist auch
110 eine Folge nachlassender Tarifbindung. Nichts beeinflusst die Primärverteilung so deutlich wie
111 Tarifabschlüsse. Eine hohe Tarifbindung in der Fläche ermöglicht bessere Ergebnisse für alle
112 und sichert ordnungspolitisch den Unternehmen gleiche Startbedingungen im Wettbewerb guter
113 Produkte und Dienstleistungen.

- 114 • Auch die staatlichen Akteure müssen weitere Maßnahmen ergreifen, die dazu beitragen, den Grad
115 der Tarifbindung zu erhöhen, die Verbandsmitgliedschaft auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite
116 zu stärken und die Tariffucht zu erschweren. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern
117 zudem, ein arbeitnehmerfreundliches Regelwerk auf dem Arbeitsmarkt, um damit gute Bedingungen
118 für ein stärkeres Lohnwachstum zu schaffen. Atypische Beschäftigungsverhältnisse und der
119 Niedriglohnsektor müssen zurückgedrängt werden. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften
120 fordern gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Auch eine bessere Durchsetzung der
121 Branchenmindestlöhne, des gesetzlichen Mindestlohns und von gesetzlichen Arbeitsstandards ist
122 nötig.
- 123 • Eine Stärkung der Tarifbindung und Zurückdrängung prekärer Beschäftigung würde auch die
124 Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen abbauen. Berufe, die im Verhältnis zu ihren
125 Anforderungen zu gering bezahlt werden – zumeist im sozialen Bereich und in
126 Dienstleistungsberufen, in denen überwiegend Frauen tätig sind – müssen in Bezug auf ihre
127 Entgelte aufgewertet werden. Hierzu muss auch die gewerkschaftliche Erschließungsarbeit in
128 diesen Bereichen ausgebaut werden. Zusätzlich muss dieses Problem aber grundsätzlich angegangen
129 werden. Die Arbeitszeiten der Geschlechter müssen sich angleichen, Frauen müssen in Ausbildung,
130 Studium und Beruf in die klassisch männerdominierten Bereiche vordringen können und mehr
131 Führungsverantwortung bekommen.
- 132 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern ein gerechtes Steuersystem, das
133 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlastet, Vermögende und finanzstarke Unternehmen stärker
134 zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzieht und dabei die Einnahmehasis des Staates nachhaltig
135 stabilisiert und stärkt.

136 **3. Die Herausforderungen der Zukunft angehen**

137 **3.1 Für einen handlungsfähigen Staat**

- 138 Dem Staat kommt eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der künftigen Transformationsprozesse zu.
139 Doch schon heute kommen die verschiedenen staatlichen Ebenen ihren Aufgaben nur unzureichend nach.
140 Die öffentliche Infrastruktur fährt auf Verschleiß. Die Abschreibungen sind höher als die
141 Investitionen. Das gefährdet auch die Zukunftsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. Der Grund für
142 die Misere: Trotz aktueller Steuermehreinnahmen sind Bund, Länder und Kommunen strukturell
143 unterfinanziert. Zusammen mit dem einseitigen Fokus auf einen kurzfristigen Schuldenabbau hat das
144 dazu geführt, dass der Staat zunehmend an Handlungsfähigkeit eingebüßt hat.
- 145 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, dass der Staat alle seine Instrumente – von
146 der Auftragsvergabe über Regulierung bis hin zu Investitionen – nutzt, um die Gesellschaft
147 gerecht und nachhaltig zu gestalten und den Strukturwandel zu einem Erfolg für alle zu machen.
- 148 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine massive Ausweitung der öffentlichen
149 Investitionen. Eine moderne Verkehrsinfrastruktur, aber auch eine ausgebaute digitale
150 Infrastruktur sowie gute Bildung und Forschung sind wichtige Grundlagen für eine erfolgreiche

151 Wirtschaft. Mehr Investitionen sind auch nötig, um allen Bürgerinnen und Bürgern ein sicheres
152 und gutes Leben zu ermöglichen. Die Veränderung der Altersstruktur unserer Gesellschaft
153 erfordert einen Umbau der öffentlichen Infrastruktur und zusätzliche Angebote in den Bereichen
154 Wohnen, Verkehr, Soziales und Gesundheit. Dabei ist es wichtig, dass die Investitionen nicht
155 zulasten anderer staatlicher Ausgaben gehen.

156 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine Stabilisierung und Stärkung der
157 staatlichen Einnahmebasis und größere Spielräume für eine Kreditfinanzierung öffentlicher
158 Investitionen.

159 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die Stärkung der öffentlichen
160 Daseinsvorsorge. Privatisierungen und Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) können zu
161 Preissteigerungen und Qualitätsverlusten führen sowie dazu, dass öffentliche Angebote nicht
162 mehr allen Menschen offenstehen. Dies ist der falsche Weg und muss verhindert werden. Wie bei
163 Vergaben in großen Losgrößen allgemein, schließen ÖPP zudem meist kleine und mittlere
164 Unternehmen (KMU) und Handwerksbetriebe vom Wettbewerb aus. Oder diese Betriebe arbeiten unter
165 erheblichem Druck auf die Arbeitsbedingungen in Subunternehmerketten mit.

166 **3.2 Private Investitionen stärken**

167 Rund 90 Prozent aller Investitionen in Deutschland werden von privaten Unternehmen getätigt. Soll
168 der notwendige sozial-ökologische Transformationsprozess zu einer schadstoffarmen und
169 ressourcenschonenden Wirtschaft gelingen, müssen deshalb auch die privaten Investitionen in
170 Deutschland massiv gesteigert werden. Aktuelle Untersuchungen zeigen jedoch, dass die lange Zeit
171 rückläufige private Investitionstätigkeit in Deutschland sich immer noch auf einem unzureichenden
172 Niveau befindet – trotz in der Regel guter Finanzierungsbedingungen und ausreichender Gewinne. In
173 energieintensiven Zweigen der deutschen Wirtschaft wurden über lange Zeiträume sogar mehr
174 Abschreibungen getätigt als investiert. Gerade kapitalintensive Investitionen unterbleiben oft, da
175 Unternehmen nicht bereit sind, die Risiken zu tragen, beziehungsweise weil die Rahmenbedingungen zu
176 unsicher sind.

177 • Aus Sicht des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften muss eine nachhaltige Wirtschaftspolitik
178 mehr private Investitionen in Deutschland und Europa initiieren. Dazu muss sie Bedingungen
179 schaffen, um die Volkswirtschaften auf einen stabilen Wachstumspfad zu führen. Wirtschaftliche
180 Unsicherheiten müssen – etwa durch die Verhinderung spekulativer Kapitalströme, eine
181 Stabilisierung des Euroraums mit Abkehr von der Austeritätspolitik, eine neue Krisenpolitik und
182 durch einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Brexit-Prozess – abgebaut werden.

183 • Die Politik muss den privaten Unternehmen und Märkten, in Bezug auf die ökologischen und
184 sozialen Herausforderungen, langfristige und kohärente Ziele setzen. Diese Ziele sind in
185 entsprechende regulatorische Bedingungen umzusetzen, welche die Investitionen und Innovationen
186 der privaten Unternehmen steigern. Dazu gehören auch ein für die energieintensiven Unternehmen
187 tragbarer Emissionshandel und wettbewerbsfähige Strompreise.

- 188 • Mehr staatliche Investitionen schaffen die notwendige moderne Infrastruktur für mehr private
189 Investitionen. Öffentliche Investitionen in Breitbandnetze, in eine moderne
190 Verkehrsinfrastruktur, in Bildung und Inklusion sind eine unerlässliche Voraussetzung für mehr
191 private Investitionen.
- 192 • Der Staat muss mehr für die Innovationsförderung von kleinen und mittleren Unternehmen tun. Es
193 muss zudem geprüft werden, inwieweit Existenzgründungen und der Zugang junger Unternehmen zu
194 externer Finanzierung, vor allem zur Beteiligungsfinanzierung, weiter erleichtert werden
195 müssen. Zudem muss geprüft werden, wie das geschehen kann, ohne Private-Equity-Fonds und
196 spekulationsanfällige Finanzprodukte, die die wirtschaftliche Stabilität gefährden können, zu
197 fördern, und wie gegebenenfalls notwendige steuerliche Korrekturen aufkommensneutral gestaltet
198 werden können.
- 199 • Auch eine Stärkung der Kaufkraft in Deutschland kann den inländischen Markt aus Sicht des DGB
200 und seiner Mitgliedsgewerkschaften wieder zu einem lukrativen Absatzmarkt machen und dazu
201 beitragen, dass deutsche Unternehmen wieder verstärkt hierzulande investieren.

202 **3.3 Strukturwandel braucht Strukturpolitik**

203 Die anstehenden Transformationsprozesse werden sich von Region zu Region sowie von Branche zu
204 Branche unterschiedlich auswirken. In der Vergangenheit wurde das nicht immer ausreichend beachtet.
205 So hat der bisherige Strukturwandel auch dazu beigetragen, dass es in allen Teilen Deutschlands
206 wirtschaftlich starke und schwache Regionen sowie große Unterschiede zwischen ländlichen Räumen und
207 Ballungszentren gibt. Entsprechend unterschiedlich sind die Herausforderungen für Arbeitsmarkt-,
208 Bildungs- und Strukturpolitik je nach Region, aber auch je nach Branche und Sektor.

209 Regionen und Branchen, die heute noch gut dastehen, könnten morgen schon von immensen
210 Arbeitsplatzverlusten bedroht sein. Strukturelle Umbrüche müssen deshalb früher antizipiert und
211 durch einen neuen integrierten Ansatz in der Industrie-, Dienstleistungs- und Strukturpolitik
212 gestaltet werden. Industriepolitische Instrumente in Form einer Innovationsförderung setzen bislang
213 häufig einseitig bei der Förderung technischer Lösungen an und weniger bei den Auswirkungen auf
214 Arbeitsplätze und Beschäftigte.

215 Strukturpolitik wird in den nächsten Jahren unter gravierend geänderten Rahmenbedingungen
216 stattfinden. Regionen, die bereits heute unter strukturellen Nachteilen leiden, drohen durch den
217 auslaufenden Solidarpakt und die ab 2020 greifende Schuldenbremse Strukturmittel zu verlieren.
218 Darüber hinaus steht die europäische Strukturpolitik infolge des Brexit unter Druck.

- 219 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine aktive politische Gestaltung des
220 Strukturwandels. Dazu gehört eine Strukturpolitik, die Beschäftigte, Sozialpartner,
221 Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Zivilgesellschaft umfassend mitbestimmen lässt,
222 damit sich der Wandel nach ihren Interessen und dem Wohl der Gesellschaft richtet. Ziel bleibt
223 auch, die im Grundgesetz verankerte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu erreichen. Um
224 Unterschiede zwischen Regionen abzubauen, müssen vorhandene strukturpolitische Koordinierungs-
225 und Förderinstrumente sowie die Raumordnungspolitik gestärkt, in übergreifende
226 strukturpolitische Strategien integriert und um eine neue „Gemeinschaftsaufgabe Regionale

227 Daseinsvorsorge“ ergänzt werden.

- 228 • Die Anpassung an den Strukturwandel darf nicht allein den Beschäftigten aufgebürdet werden –
229 beispielsweise indem die Lösung allein in einer verstärkten Arbeitskräftemobilität und
230 schnelleren Arbeitsplatzwechseln gesucht wird. Vielmehr muss die Politik mit den Sozialpartnern
231 dafür sorgen, dass bei strukturwandelbedingtem Wegfall von Arbeitsplätzen vor Ort gleichwertige
232 Jobs entstehen. Die sozialen Sicherungssysteme müssen es von Restrukturierungs- und
233 Transformationsprozessen betroffenen Beschäftigten ermöglichen, diese ohne einschneidenden
234 Einkommensverlust zu bewältigen.

- 235 • Für Regionen, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind, müssen durch eine präventive
236 Strukturpolitik frühzeitig Zukunftsperspektiven entwickelt werden. Der DGB und seine
237 Mitgliedsgewerkschaften fordern zusätzliche industrie- und innovationspolitische Maßnahmen, die
238 auch derzeit scheinbar wirtschaftlich gefestigte Regionen und Branchen ins Auge fassen. Dies
239 könnte mit neuen Mitteln und Finanzierungsinstrumenten und Förderprogrammen, unter Ausweitung
240 bestehender Innovationsfonds oder der Investitionstätigkeit der Kreditanstalt für Wiederaufbau
241 und Europäischen Investitionsbank geschehen.

- 242 • Um strukturelle Veränderungen, wie Digitalisierung, nachhaltige Mobilität oder Energiewende
243 erfolgreich voranzubringen, muss eine Qualifizierungsoffensive von Sozialpartnern und Politik
244 gestartet werden. Es braucht qualifizierte Fachkräfte in allen Betriebsgrößen und Bereichen –
245 von der Kindertagesstätte bis hin zum Handwerk. Gerade KMU spielen mit ihren Fachkräften bei
246 der Markteinführung von innovativen und nachhaltigen Produkten, Technologien, Verfahren und
247 Dienstleistungen eine entscheidende Rolle. Hierzu sind die jeweiligen Förderinstrumente KMU-
248 tauglich weiterzuentwickeln.

- 249 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, dass die europäische Kohäsionspolitik
250 fortgesetzt und gestärkt wird. Die Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen
251 Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)
252 müssen gestärkt und dauerhaft für ganz Deutschland gesichert werden und sich an regionalen und
253 künftigen Bedarfen orientieren. Die Bundesregierung muss sich in den nächsten Jahren dafür
254 einsetzen, dass das europäische Beihilferecht diesen Anforderungen gerecht wird.

- 255 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, dass die Beteiligung der Sozialpartner in
256 regionalen Ausschüssen der Wirtschaftsförderung sowie die Einführung von Kriterien Guter Arbeit
257 in der GRW flächendeckend ausgebaut und konsequent umgesetzt werden.

258 **3.4 Eine aktive Industrie-, Dienstleistungs- und Handwerkspolitik realisieren**

259 Der Erhalt industrieller Wertschöpfung ist eine der tragenden Säulen des wirtschaftlichen Erfolgs in
260 Deutschland und Europa. Doch anstatt diesen aktiv weiter zu fördern, zieht sich die Politik in
261 Deutschland und Europa aus ideologischen Gründen viel zu oft auf ein Vertrauen in Marktprozesse

- 262 zurück. Gleiches gilt für Dienstleistungen und Handwerk, die anstelle eines nachhaltigen
263 Qualitätswettbewerbs vielfachem Kostensenkungsdruck ausgesetzt sind, dem mit kurzfristigen
264 Billigstrategien zu begegnen versucht wird. Das ist – gerade angesichts der bevorstehenden
265 Herausforderungen – der falsche Weg. Andere Staaten greifen längst aktiv politisch in den Markt ein
266 und sind damit sehr erfolgreich. Der Staat lenkt dort, investiert und trägt Risiken, die sich kein
267 Privater zutrauen würde.
- 268 • Eine aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik muss auch hierzulande dazu beitragen, dass
269 Deutschland in vielen technologischen Bereichen zum Leitmarkt für Industriegüter und
270 hochwertige Dienstleistungen wird. Insbesondere durch eine moderne Verkehrs-, Daten- und
271 Energieinfrastruktur kann der deutsche Markt selbst zum „Schaufenster“ neuer technologischer
272 Innovationen werden und so Anreize für private Investitionen in Deutschland geben.
 - 273 • Die Herausbildung einer „Industrie 4.0“ und von „Smart Services“ führt dazu, dass sich
274 Industrie- und Dienstleistungssektor künftig noch stärker überschneiden, und bietet neue
275 Chancen für hochwertige Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich. Allerdings haben sich in der
276 Vergangenheit – auch getrieben durch Auslagerungsprozesse und politische Reformen – in einigen
277 Dienstleistungsbranchen Niedriglohn-Jobs mit schlechten Arbeitsbedingungen und niedriger
278 Arbeitsproduktivität ausgebreitet und die Digitalisierung droht diese Probleme zum Teil weiter
279 zu befördern. Digitale Plattformen bei der Vermittlung von Dienstleistungen und Produkten über
280 das Internet offenbaren dabei bereits heute Probleme: Die in diesen Zusammenhängen
281 Beschäftigten können oft nicht vom Arbeitsrecht oder von sozialen Regulierungen profitieren und
282 arbeiten häufig weit unterhalb von geltenden Tarifverträgen, Branchenmindestlöhnen oder
283 gesetzlichem Mindestlohn. So fördern Plattformen unfairen Wettbewerb, da sie mit herkömmlichen
284 Anbietern konkurrieren, die soziale, berufsfachliche und verbraucherpolitische Regulierungen
285 einhalten und Tariflöhne zahlen. Regelungen, die – wie etwa die Kleinunternehmerregelung –
286 wettbewerbsverzerrend zu Lasten von tariflich abgesicherter Beschäftigung wirken, müssen
287 ohnehin auf den Prüfstand gestellt werden.
 - 288 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, dass die über digitale Plattformen
289 angebotenen Leistungen unter denselben sozialen, arbeitsrechtlichen und
290 Verbraucherschutzpolitischen Regeln erbracht werden wie herkömmlich angebotene Leistungen,
291 damit fairer Wettbewerb gewährleistet werden kann.
 - 292 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern einen politischen Dialog über Möglichkeiten
293 zur Kontrolle und Begrenzung der Marktmacht von Unternehmen in der Digitalwirtschaft.
 - 294 • Neben dem Industrie- und dem Dienstleistungssektor ist das Handwerk eine Säule unserer
295 Wirtschaft. Die meist kleinbetriebliche Struktur stellt eine besondere Herausforderung dar, die
296 mit einer aktiven Handwerkspolitik und gezielten Förder- bzw. Unterstützungsangeboten für KMU
297 und die bei ihnen Beschäftigten anzugehen ist.
 - 298 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine aktive Industrie-, Dienstleistungs- und
299 Handwerkpolitik, die die bestehenden Wertschöpfungsstrukturen erhält und modernisiert und neue

300 zukunftsträchtige Wirtschaftszweige fördert.

- 301 • Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte ebenso wie die Arbeitnehmervertreterinnen und -
302 vertreter in Aufsichtsräten sind selbst aktive Gestalter eines nachhaltigen Strukturwandels.
303 Sie nehmen durch Tarifpolitik und Mitbestimmung entscheidend Einfluss auf die Entwicklung von
304 Unternehmen und Dienststellen. Das Wissen und Können der Beschäftigten und ihrer
305 Interessenvertreterinnen und -vertreter sind ein unschätzbare Wert, wenn es darum geht,
306 innerbetriebliche Abläufe, Produkte oder Dienstleistungen zu verbessern und Arbeitsbedingungen
307 zu humanisieren. Sozialpartnervereinbarungen und -projekte, die diese zentralen Aspekte auf
308 tarifvertraglicher oder betrieblicher Ebene aufgreifen, tragen wesentlich dazu bei, die Ziele
309 sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Nachhaltigkeit in Einklang miteinander zu bringen
310 und sie praktisch umzusetzen.

- 311 • Transformationsprozesse müssen mit Rücksicht auf die jeweiligen regionalen Gegebenheiten
312 gestaltet werden. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sollten ihre Rolle als
313 strukturpolitische Koordinatoren von regionalen Beteiligungsprozessen stärken. Die Politik muss
314 die Gewerkschaften grundsätzlich an der Weiterentwicklung der Regional- und Strukturpolitik
315 beteiligen. Branchendialoge müssen auf allen politischen Ebenen gestärkt und
316 legislaturübergreifend gefestigt werden.

- 317 • Mit Blick auf die Klimaziele fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften eine „Just-
318 Transition“ – einen gerecht gestalteten Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft, wie er auch im
319 Klimaabkommen von Paris festgeschrieben wurde. Dazu gehört auch die Stärkung der Leistungs- und
320 Innovationsfähigkeit industrieller Wertschöpfung. Es braucht gezielte industrie- und
321 forschungspolitische Initiativen, damit Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätze auch unter der
322 Einhaltung ambitionierter Klimaziele erhalten bleiben.

- 323 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen die Digitalisierung auch in den bestehenden
324 Strukturen so gestalten, dass neue Angebote und bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden.
325 Industriebranchen wie die Automobilindustrie, der Maschinenbau oder die chemische Industrie
326 können durch die digitale Modernisierung profitieren, wenn dabei auf die Stärken dieser
327 Branchen wie hohe Qualität, gut qualifizierte und motivierte Beschäftigte und
328 Sozialpartnerschaft gesetzt wird. In vielen Dienstleistungs- und Handwerksbranchen kann die
329 Digitalisierung ihre Vorteile entfalten, wenn Produktivitätsfortschritte in höhere Löhne und
330 gegebenenfalls kürzere Arbeitszeiten münden, wenn sie den Menschen ihre Arbeit erleichtert und
331 bessere Dienstleistungen hervorbringt, anstatt Arbeit zu verdichten und Kosten zu drücken.

- 332 • Die Forschungsausgaben müssen erhöht werden. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern
333 eine Forschungspolitik, die dort inhaltliche Schwerpunkte setzt, wo Beiträge zur
334 gesellschaftlichen Wohlfahrt, zum ökologischen Umbau geleistet werden. Die
335 forschungspolitischen Programme dürfen nicht auf wenige Schlüsseltechnologien und
336 prestigeträchtige Großforschungsprojekte konzentriert werden.

337 • Aus Sicht des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften darf Innovation auch nicht ausschließlich
338 technologisch verstanden werden, sondern muss zugleich Fragen der Arbeitsbedingungen und der
339 Organisation mit umfassen. Soziale Innovationen sind gleichwertig wie technologische
340 Innovationen zu fördern. Die Rolle der Mitbestimmung bei Innovationsprozessen muss gestärkt
341 werden.

342 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine grundsätzliche Aufwertung sozialer und
343 anderer Dienstleistungsberufe, zumal diese Berufe mit demografischem Wandel und Strukturwandel
344 eine neue Bedeutung bekommen. Es braucht beispielsweise attraktivere Bedingungen und bessere
345 Bezahlung in der Pflege, der Kinderbetreuung und im Bildungsbereich.

346 **3.5. Gute Bildung für gute Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe**

347 Eine gute Bildungspolitik ist entscheidend für die Zukunft unserer Gesellschaft. Sie darf deshalb
348 nicht einem föderalen Klein-Klein und Gegeneinander überlassen werden. Bund, Länder und Kommunen
349 müssen zusammen mit den Sozialpartnern und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft eine
350 gesellschaftliche Bildungsstrategie entwickeln. Eine solche Strategie sollte folgende Eckpunkte
351 umfassen:

352 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die Bundesregierung auf, die gemeinsam mit
353 den Ländern beschlossenen Eckpunkte für ein Kita-Qualitätsentwicklungsgesetz anzuerkennen und
354 ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen. Nur so können eine dauerhafte finanzielle
355 Beteiligung des Bundes und bundesweit vergleichbare hochwertige Standards wie die Fachkraft-
356 Kind-Relation, die Berücksichtigung von Vor- und Nachbereitungszeiten und die Zeiten für
357 Leitungstätigkeiten in Kindertagesstätten sichergestellt werden – und das unabhängig vom
358 Träger. In sozialräumlich schwierigen Lagen müssen zusätzliche Ressourcen bereitgestellt
359 werden, um die Chancen für Kinder aus benachteiligten Familien zu verbessern.

360 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die Bundesregierung auf, einen Rechtsanspruch
361 auf einen Ganztagsschulplatz von der ersten bis zur zehnten Klasse einzuführen. Statt einfacher
362 und offener Ganztagsangebote benötigen wir deutlich mehr qualitativ hochwertige und gebundene
363 Ganztagschulen, die ein durchdachtes pädagogisches Gesamtkonzept haben und die Voraussetzungen
364 für eine multiprofessionelle Zusammenarbeit aller Beschäftigtengruppen schaffen. So lassen sich
365 Chancengleichheit und Inklusion verwirklichen. Dazu bedarf es eines neuen
366 Ganztagsschulprogramms des Bundes sowie einer Finanzierung der Schulsozialarbeit von Bund,
367 Ländern und Gemeinden, die den bedarfsgerechten Ausbau an jeder Schule sicherstellt. In einem
368 ersten Ausbauschnitt ist eine Größenordnung von einer Vollzeitstelle für Schulsozialarbeit pro
369 150 Schülerinnen und Schüler zu realisieren.

370 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bekennen sich zur UN-Behindertenrechtskonvention.
371 Eine Umsetzung der Inklusion an den Schulen wird aber nur gelingen, wenn die gesellschaftliche
372 Zustimmung erhalten bleibt. Durch einen Stopp der Inklusion – wie sie einige Parteien jetzt
373 fordern – wird kein Problem gelöst. Bestehende Probleme werden vielmehr fortgeschrieben.
374 Inklusion erfordert eine gute Unterstützung, mehr Stellen für multiprofessionelle Teams sowie

375 hohe Qualitätsstandards. Die finanzielle Ausstattung soll durch ein Bund-Länder-Programm für
376 Inklusion verbessert werden.

377 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sprechen sich für eine Ausbildungsgarantie aus, die
378 jedem Jugendlichen den Weg zu einem Berufsabschluss öffnet. Diese Garantie sollte im SGB III
379 verankert werden und für alle Jugendlichen unter 25 Jahren gelten, die zum 30. September eines
380 Jahres noch einen Ausbildungsplatz suchen. Diese Garantie sollte den Einstieg in das erste
381 Ausbildungsjahr eines anerkannten Ausbildungsberufs (Berufsschulen, Bildungseinrichtungen) mit
382 Übergang in betriebliche Ausbildung regeln. Die betriebliche Ausbildung hat dabei Vorrang.

383 • Mit dem Ausbau der ausbildungsbegleitenden Hilfen und der flächendeckenden Einführung und
384 Verbesserung der Assistierten Ausbildung ist das betriebliche Ausbildungsangebot zu stärken.
385 Doch ausschließlich mit rein betrieblichen Angeboten werden sich die Spannungen auf dem
386 Ausbildungsmarkt nicht lösen lassen. In Regionen mit einem sehr angespannten Ausbildungsmarkt
387 können – in Abstimmung mit den Sozialpartnern – betriebsnahe Ausbildungsplätze für mindestens
388 dreijährige Ausbildungsberufe angeboten werden. Dabei ist der Wechsel in betriebliche
389 Ausbildung anzustreben. Hierzu sollte ein Bund-Länder-Programm aufgelegt werden, um die
390 Integration in Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für alle in Deutschland lebenden Menschen zu
391 ermöglichen. Die Kosten sind durch einen fairen finanziellen Ausgleich von den nicht-
392 ausbildenden Betrieben zu tragen.

393 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die bundesweite Einführung von kostenlosen
394 Azubi-Tickets im öffentlichen Nahverkehr. Außerdem sehen wir die öffentliche Hand in der
395 Pflicht, mehr günstigen, aber guten Wohnraum für Menschen in Ausbildung und Studium zu
396 schaffen. An allen Hochschulstandorten gibt es Studierenden-Wohnheime. Für die Auszubildenden
397 brauchen wir mehr Azubi-Wohnheime. Wohnen darf weder für Studierende noch für Auszubildende zu
398 einem Luxusgut werden.

399 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine umfassende BAföG-Novelle, die
400 insbesondere einen regelmäßigen Inflationsausgleich, die deutliche Anhebung der Bedarfssätze
401 und Freibeträge, die Absenkung des Darlehensanteils bis zur Vollförderung sowie die Abschaffung
402 der Altersgrenzen beinhaltet. Auch ein berufsbegleitendes oder ein Studium in Teilzeit muss
403 grundsätzlich förderungsfähig sein. Die Krankenversicherungspauschale muss altersunabhängig die
404 tatsächlichen Kosten abdecken. Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften fordern den Bund auf,
405 wieder ein echtes Schülerinnen- und Schüler-BAföG einzuführen, um allen Jugendlichen die
406 gleichen Chancen auf ein Studium zu geben.

407 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern einen Mittelaufwuchs für die Landeszentralen
408 und die Bundeszentrale für politische Bildung sowie für die Volkshochschulen, um den
409 Informationsbedarf zu decken und Beteiligung zu erhöhen. Notwendig sind zudem
410 Bildungsurlaubsgesetze in allen Bundesländern mit bundeseinheitlichen, hohen Standards.

411 **4. Europas Vertrauenskrise überwinden**

412 Die deutsche Wirtschaft ist fest in Europa verankert. Der Großteil von importierten Vorprodukten der
413 Industrie kommt beispielsweise aus den europäischen Nachbarländern, die zugleich auch gute
414 Absatzmärkte für deutsche Güter und Dienstleistungen sind. Damit die bevorstehenden
415 Transformationsprozesse erfolgreich und im Sinne der Beschäftigten bewältigt werden können, braucht
416 es ein stabiles, finanziell und politisch gestärktes und soziales Europa. Spätestens seit der Euro-
417 Krise, dem Rechtsruck in vielen europäischen Ländern und dem Brexit-Votum in Großbritannien steckt
418 die Europäische Union aber in einer Krise. Die fast ausschließliche Ausrichtung der EU-
419 Wirtschaftspolitik auf die Liberalisierung der Märkte und die damit vielfach verbundenen Absenkungen
420 von Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards haben das Vertrauen vieler Menschen in den
421 europäischen Entwicklungsprozess erschüttert. Der einseitige Fokus auf die Einhaltung der
422 europäischen Schuldenregeln und die Steigerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit durch
423 angebotsorientierte Strukturreformen hat auch in der EU einen Investitionsstau gefördert und die
424 wirtschaftliche Erholung gebremst. Außerdem wurde die bisherige Erholung maßgeblich von der
425 expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank gestützt, die diese Funktion nicht dauerhaft
426 alleine erfüllen kann. Nach wie vor fehlt es an einer aktiven, gemeinsamen Industrie- und
427 Dienstleistungspolitik. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise und der verfehlten EU-Krisenpolitik
428 haben sich die regionalen Unterschiede wieder vertieft.

429 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern deshalb zum einen kurzfristig einen
430 Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik, der auf eine deutlichere Stärkung von Investitionen und
431 der privaten Kaufkraft setzt.

432 • Zum anderen fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften, dass die Debatte über die
433 Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) genutzt wird, um geeignete Wege zu finden,
434 die WWU dauerhaft zu stabilisieren. Um Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten der
435 Eurozone abzubauen und zu bekämpfen, muss die einheitliche Geldpolitik mit einer besseren
436 Abstimmung der Fiskal- und Wirtschaftspolitik einhergehen. Ziel muss dabei allerdings eine
437 Konvergenz nach oben sein, hin zu einem hohen Niveau bei Investitionen, Löhnen, Nachfrage und
438 damit Wachstum und guten Arbeitsplätzen.

439 • Dazu müssen Unsicherheiten, wie die Nachfrageschwäche in Folge der Eurokrise bekämpft werden.
440 Für den Austritt Großbritanniens aus der EU (Brexit) muss ein möglichst konsensualer und
441 sanfter Weg gefunden werden, der wirtschaftliche Verwerfungen vermeidet und die Interessen der
442 Beschäftigten vollständig wahrt. Schutzrechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen
443 dabei klar im Sinne einer Wahrung der bisher erworbenen Rechte und der legitimen Erwartungen
444 geregelt werden. Es braucht eine klare Regelung der Finanzierungsfragen, insbesondere bezüglich
445 der Ausstattung von Sozial- und Strukturfonds. Grundsätzlich sollte die EU deutlich
446 kommunizieren, dass die Tür für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs weit offen steht.

447 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern politische Maßnahmen, die zu einer weiteren
448 Ausweitung der privaten und öffentlichen Investitionen führen. Der Europäische Fonds für
449 Strategische Investitionen (EFSI) muss nach dem Vorbild des DGB-Vorschlags für einen
450 „Marshallplan für Europa“ umgebaut werden, um tatsächlich im notwendigen Umfang zusätzliche und

- 451 sinnvolle Investitionen fördern und vor allem klassische öffentliche Investitionen finanzieren
452 zu können. Solange der EFSI auf Investitionen in der Privatwirtschaft ausgerichtet ist, sollte
453 er nicht gleichzeitig auf die Ko-Finanzierung von öffentlicher Daseinsvorsorge abzielen dürfen.
454 Denn dadurch entsteht die Gefahr, dass er weiterhin als Förderinstrument für ÖPP-Projekte
455 genutzt wird.
- 456 • Die im Europäischen Semester koordinierten Maßnahmen für eine kohärente Wirtschaftspolitik und
457 den Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte in Europa müssen auf eine Stärkung von Wachstum
458 und guter Beschäftigung ausgerichtet werden, anstatt auf Haushaltskonsolidierung und
459 Deregulierung unter dem Deckmantel von Strukturreformen.
- 460 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die europäische Politik auf, den Fiskalpakt
461 abzuschaffen und die Defizit- und Schuldenregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts
462 wachstumsfreundlicher zu gestalten. Zumindest sollte eine „Goldene Regel“ dafür sorgen, dass
463 öffentliche Investitionen nicht von den Defizitregeln erfasst werden. Ein weiterer Schritt zu
464 einer gesamteuropäischen, expansiven Investitionspolitik wäre auch die Bündelung von
465 öffentlichen Investitionen, wie sie der Europäische Gewerkschaftsbund im Vorschlag für ein
466 „europäisches Schatzamt“ andenkt.
- 467 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern für Europa eine expansivere und eine stärker
468 koordinierte Fiskalpolitik. Es braucht einen europäischen „automatischen Stabilisator“, um eine
469 stabile und gleichförmige Entwicklung der Mitgliedstaaten und eine Angleichung der
470 verschiedenen Konjunkturzyklen zu erreichen. Dazu können ein größeres EU- und ein zusätzliches
471 Eurozonenbudget mit einem Euro-Finanzminister ebenso beitragen wie ein spezieller europäischer
472 Fonds und unter Umständen ein „Europäischer Währungsfonds“.
- 473 • Für alle diese Initiativen gilt: Sie dürfen nicht einseitig auf Haushaltskonsolidierung zielen,
474 sie sollten gesamteuropäisch ausgerichtet sein, bedürfen demokratischer Kontrolle und dürfen
475 keinesfalls an die Durchführung neoliberaler „Strukturreformen“ und Kürzungspolitik gekoppelt
476 werden. Auch darf eine entsprechende „makroökonomische Stabilisierungsfunktion“,
477 beziehungsweise „Fiskalkapazität“ nicht die bestehenden unterschiedlichen Systeme der
478 Arbeitslosenversicherung gefährden. Eingriffe von europäischer Seite in die Gestaltung der
479 nationalen Haushalte in den Mitgliedstaaten sind zu unterlassen.
- 480 • Zur Stabilisierung der Staatsfinanzierung fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften
481 weiterhin gemeinsame europäische Anleihen. Ideen von EU-Seite für eine europäische „sichere
482 Anlage“ müssen in diese Richtung weiterentwickelt werden.
- 483 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine koordinierte Anstrengung, um die
484 Lohnentwicklung wieder zu stärken. Die im Zuge der Anti-Krisenpolitik quasi zerstörten
485 Tarifsysteme in manchen Ländern Europas müssen wiederhergestellt werden. Es braucht eine
486 europaweite Stärkung der Tarifbindung und der regulären Beschäftigung.

- 487 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine gemeinsame Industriepolitik in Europa,
488 die dem zu erwartenden Transformationsprozess mit einer modernen Strukturpolitik begegnet.
- 489 • Eine starke Europäische Kohäsionspolitik muss wachsenden regionalen Disparitäten,
490 wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten entgegenwirken. Die Mittel der Europäischen
491 Struktur- und Investitionsfonds sollen vor allem zur Sicherung und Schaffung von qualitativ
492 hochwertigen Arbeitsplätzen verwendet werden. Die Strukturfonds müssen - über die Europa-2020-
493 Ziele hinaus - insbesondere den Strukturwandel in Europa hin zu einer sozial-ökologischen
494 Wirtschaft unterstützen. Das sichert langfristig die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft Europas
495 und seiner Regionen.
- 496 • Im Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) wird die Höhe der Förderung immer noch
497 an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Regionen gekoppelt. Zudem sollte eine Förderung
498 künftig dann erfolgen, wenn eine Region, eine Branche oder ein Unternehmen nachweislich von
499 einem Transformationsprozess betroffen ist und gleichzeitig Arbeitsplätze und Beschäftigung
500 sichert.
- 501 • Der Fokus auf Deregulierung und Marktliberalisierung – insbesondere im Dienstleistungssektor –
502 in der EU muss aufgegeben werden. Immer neuen Versuchen, sinnvolle Regelungen, wie die
503 Meisterpflicht im deutschen Handwerk, anzugreifen oder soziale und arbeitsrechtliche
504 Regulierung bei grenzüberschreitender Tätigkeit auszuhebeln, muss ein Riegel vorgeschoben
505 werden.
- 506 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bekräftigen ihre Forderung nach einem sozialen
507 Fortschrittsprotokoll in den EU-Verträgen. Soziale Rechte müssen endlich Vorrang vor den
508 Binnenmarktfreiheiten der Unternehmen erhalten, damit das soziale Europa für die Beschäftigten
509 kein reines Lippenbekenntnis bleibt.

510 **5. Eine faire Globalisierung schaffen**

- 511 Nicht nur in Europa, auch global muss der Pfad einseitiger Liberalisierungs- und
512 Deregulierungspolitik verlassen werden. Denn auch auf den globalen Finanz-, Dienstleistungs- und
513 Gütermärkten hat sich eine grenzenlose Deregulierung als schädlich erwiesen. Bislang wurde es
514 versäumt, die durch die Globalisierung bedingten Transformationsprozesse so zu gestalten, dass
515 negative Auswirkungen vermieden werden, positive Effekte allen zugutekommen und die Entwicklung in
516 sozial-ökologische Bahnen gelenkt wird. Deshalb fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften,
517 die Globalisierung endlich gerecht und im Sinne der Nachhaltigkeitsziele der UN (SDGs) zu gestalten.
- 518 • Sorgfaltspflichten für Investoren und Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten müssen
519 rechtlich verbindlich eingeführt werden und auch für ausländische Konzernaktivitäten und
520 entlang ihrer Wertschöpfungsketten gelten. Eine rechtliche Haftung für die negativen
521 Auswirkungen wirtschaftlicher Tätigkeit wäre ein Schritt. Entsprechende internationale
522 Instrumente der OECD und der Vereinten Nationen gilt es zu stärken, implementierbar zu machen,
523 zu ergänzen und weiterzuentwickeln.

- 524 • Unternehmen sollen die Menschenrechte achten. So sehen es die 2011 verabschiedeten „UN-
525 Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ vor. Demnach sollen Arbeitgeber u.a. auf
526 Kinderarbeit verzichten, die Diskriminierung von Beschäftigten unterbinden und das Recht der
527 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Vereinigungsfreiheit respektieren. Doch die praktische
528 Umsetzung der Leitlinien kommt nur schleichend voran. Es müssen klare Regeln geschaffen werden,
529 auf die sich Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter im Alltag berufen können. Betroffenen
530 von Menschenrechtsverletzungen in globalen Wertschöpfungsketten muss der Zugang zu rechtlicher
531 Abhilfe erleichtert werden.
- 532 Deshalb werden der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die Umsetzung und Evaluierung des
533 Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) weiterhin begleiten, dessen
534 Schwachstellen in der Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten deutscher Unternehmen
535 identifizieren und Vorschläge zu ihrer Behebung machen.
- 536 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, Handelsabkommen so auszugestalten, dass sie
537 einen gerechteren Welthandel befördern und Dumpingwettbewerb verhindern. Dazu hat der DGB einen
538 umfangreichen Kriterienkatalog erstellt.
- 539 Unter anderem müssen die Handelsabkommen transparent verhandelt werden und umfassende
540 Regelungen zum Schutz von Beschäftigten beinhalten. Es braucht zivilgesellschaftliche Gremien,
541 die Verstößen gegen Verpflichtungen im Bereich der Sozial- und Umweltstandards nachgehen und
542 Verfahren einleiten können, um Abhilfe – in letzter Instanz auch in Form von Sanktionen – zu
543 schaffen. Regulatorische Kooperation darf die Verbesserung bestehender Arbeits- Gesundheits-
544 und Umweltvorschriften nicht erschweren, verzögern oder gar verhindern. Die
545 grenzüberschreitende Entsendung von Beschäftigten sollte nicht in Handelsabkommen geregelt
546 werden. Regeln des Investorenschutzes, die ausländischen Investoren zusätzliche materielle
547 Rechtsansprüche und Klagemöglichkeiten geben und diese damit tendenziell in die Lage versetzen,
548 staatliche Regulierung im Gastland unter Druck zu setzen, sind abzulehnen.
- 549 Der Anspruch, universellen Zugang zu Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zu haben, muss
550 Vorrang haben vor einer weiteren Liberalisierung des Marktes und dem Abbau von Regulierungen.
551 Daher dürfen öffentliche Dienstleistungen nicht Teil von Handelsabkommen sein und müssen
552 explizit mittels einer umfassenden Ausnahmeklausel ausgenommen werden. Klauseln in
553 internationalen Verträgen, die einen Automatismus zu immer weniger staatlichen Eingriffen und
554 immer mehr Marktfreiheit bewirken, sind abzulehnen: So sind beispielsweise ein
555 Negativlistenansatz in Handelsabkommen, der Liberalisierungsverpflichtungen für alle Sektoren
556 und Wirtschaftsbereiche festschreibt, die nicht explizit ausgenommen sind, und so genannte
557 Ratchet- und Standstillklauseln, die stets das höchste Liberalisierungsniveau festschreiben,
558 inakzeptabel.
- 559 • Bildungs- und Teilhabechancen sind Grundpfeiler des Abbaus von Ungleichheiten und somit fairer
560 Globalisierung. Sie müssen stärker gefördert werden.
- 561 • Der Weltwirtschaft fehlt seit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems eine monetäre
562 Ordnung. Abhilfe könnte aus Sicht des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften ein globales
563 Wechselkursregime mit politisch definierten Wechselkursen innerhalb eines Wechselkurskorridors

564 zwischen den wichtigsten Leit- und Anlagewährungen schaffen.

- 565 • Steueroasen müssen weltweit trockengelegt werden. Eine Finanztransaktionssteuer (FTT) muss den
566 Finanzmarkt entschleunigen. Alle Akteure am Finanzmarkt, wie Banken und Schattenbanken,
567 insbesondere Hedgefonds und Finanz-Zweckgesellschaften, müssen außerdem den gleichen
568 Regulierungsvorschriften unterliegen und gleich hohe, der Finanzmarktstabilität angemessene
569 Eigenkapitalquoten aufweisen. Finanzmarktprodukte müssen von einer öffentlichen
570 Zulassungsstelle (Finanzprodukte-TÜV) auf ihren volkswirtschaftlichen Nutzen geprüft und beim
571 Vorliegen von Risiken gegebenenfalls verboten werden. Banken dürfen keinen Eigenhandel mit
572 Finanzprodukten betreiben.